

## Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

nachfolgend meine **Plenarrede** zu zwei FW-Dringlichkeitsanträgen zum Thema **Pflege**:

„Ziel der beiden Dringlichkeitsanträge ist es, die Situation in der Pflege durch Personaluntergrenzen zu verbessern. Der nachgezogene Dringlichkeitsantrag geht in die gleiche Richtung. Denn unser gemeinsames Ziel ist es, die Situation in der Pflege durch notwendige Personalmehrungen deutlich zu verbessern.

Dazu können wir FREIEN WÄHLER nur Ja sagen. Ja, das ist dringend nötig und längst überfällig. Ich weise darauf hin, dass wir FREIEN WÄHLER bereits vor Monaten dieses Thema aufgegriffen haben und durch zwei Anträge aktiv geworden sind. Sie sind in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Pflege am 23. Januar 2018 mit der gleichen Zielrichtung eingereicht worden.

Ich verweise dazu auf den Antrag auf Drucksache 17/19526 mit dem Titel "Rahmenbedingungen in der Pflege verbessern I – verbindliche Personalbemessung für alle Krankenhausstationen" und den Antrag auf Drucksache 17/19527 mit dem Titel "Rahmenbedingungen in der Pflege verbessern II – verbindliche Personalbemessung für die stationäre Altenpflege". Das Abstimmungsergebnis ist bekannt: Die Anträge wurden mit leicht geändertem Text einstimmig im Ausschuss angenommen und später im Haushaltsausschuss bestätigt.



*Prof. (Univ.Lima) Dr.  
Peter Bauer, MdL  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender,  
Pflege- und Kulturpolitischer Sprecher,  
Frankensprecher*

**Das ist ein starkes Zeichen für die Pflege und ein eindeutiger Auftrag, den wir auszuführen haben und den wir hier – das möchte ich hinzufügen – gemeinsam auszuführen haben!**

Es ist richtig, die Pflege zu stärken, wie es der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vorsieht. Es ist richtig, dass Bundeskanzlerin Merkel gestern in ihrer Regierungserklärung gesagt hat: "Pflegerinnen und Pfleger sind die stillen Helden der Gesellschaft." Ich füge hinzu: Sie sind es nicht erst seit gestern, sondern sie sind seit Jahrzehnten die Helden dieser Gesellschaft. Dafür möchte ich mich bei allen Pflegerinnen und Pflegern an dieser Stelle ganz herzlich bedanken.

Wir FREIEN WÄHLER fordern schon seit Jahren, dass auch nachts eine bedarfsgerechte Versorgung sichergestellt sein muss. Wir lehnen es ab – das ist von uns Freie Wähler immer wieder ganz deutlich kommuniziert worden, insbesondere auch von mir persönlich –, nur sogenannte pflegesensitive Bereiche zu berücksichtigen. Wir FREIEN WÄHLER stellen fest, dass die Pflege in einem Krankenhaus oder in einer stationären Einrichtung grundsätzlich immer sensitiv ist. Da kann man nicht aufspalten. Denn es geht hier um Menschen, die meistens alt, krank und auch sehr sensibel sind. Es geht um die Würde des Menschen, und diese ist unantastbar, wie es der Artikel 1 des Grundgesetzes festschreibt.

Wir FREIEN WÄHLER halten es für unerlässlich, dass bei der Ausarbeitung und Festlegung von Personaluntergrenzen die pflegfachliche Expertise, insbesondere die des Deutschen Pflegerats, sowie die Pflegewissenschaft mit einbezogen werden und maßgeblich Berücksichtigung finden. Die anfallenden Kosten dürfen nicht zulasten der Krankenhäuser gehen; sie dürfen nicht auf die DRGs angerechnet werden!

**Zusammenfassend fordern wir FREIEN WÄHLER erneut und eindringlich: Erstens. Die Rahmenbedingungen in der Pflege sind grundlegend zu verbessern. Zweitens. Die überbordende Bürokratie ist rechtssicher abzubauen. Drittens. Die Arbeitsbelastung ist zu reduzieren. Viertens. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss weiter verbessert werden. Wir sind auf einem guten Weg; aber auf ihm müssen wir gemeinsam weitergehen.**

Natürlich müssen wir auch für eine bessere Bezahlung kämpfen. Ich habe Verständnis dafür – damit ich da nicht falsch verstanden werde –, dass jemand in einer großen Automobilfirma zum Jahresende eine Prämie von 6.000 oder 7.000 Euro bekommt. Das ist in Ordnung, dafür habe ich Verständnis. Aber ich habe kein Verständnis dafür, dass man Pflegerinnen und Pfleger mit einem so geringen Gehalt abfindet! Das darf nicht sein, das muss einfach besser werden.

Diese Forderungen erfüllen wir jedoch nur unter bestimmten Voraussetzungen. Wie die heutigen Dringlichkeitsanträge der SPD und der CSU zeigen, schaffen wir keinen einzigen Pflegeplatz. Das bringt uns keine einzige Pflegerin und keinen einzigen Pfleger mehr.

**Deswegen müssen wir dafür werben, die gesellschaftliche Anerkennung der Pflegeberufe zu stärken. Dazu ist eine groß angelegte Charmeoffensive notwendig.**

Ich fordere auch das Ministerium auf, eine Charmeoffensive – so möchte ich das einmal nennen – einzuleiten. Sie muss auf allen Ebenen der Gesellschaft kontinuierlich durchgeführt werden. Als Vorlage stellen wir uns von den FREIEN WÄHLERN vor, die "Herzwerker"-Kampagne zu nehmen. Sie war erfolgreich, und so etwas Ähnliches brauchen wir auch im Pflegebereich. Diese Wege müssen wir konsequent weitergehen.

**Wir müssen das so lange tun, bis sich die Situation in der Pflege verbessert hat!**

---

„**Bayerns Vereinskultur stärken – Bürokratie abbauen!**“ – das war das Thema der Aktuellen Stunde der FREIEN WÄHLER am vergangenen Donnerstag im Bayerischen Landtag.

Wenn wir unser Ehrenamt nicht unterstützen und schützen, dann können wir uns auch das Heimatministerium sparen – **denn Heimat entsteht durch das, was mehr als fünf Millionen Ehrenamtliche in Bayern leisten.**

Genau dieses in vielen Bereichen für Staat und Gesellschaft unverzichtbare freiwillige Engagement sehen wir FREIEN WÄHLER durch ständig steigende und kaum mehr zu bewältigende Auflagen sowie bürokratische Hürden gefährdet.

Gerade das Rettungswesen ist auf das Engagement der Freiwilligen angewiesen. Zu den Einsätzen kommen jedoch noch umfangreiche Dokumentationspflichten hinzu.

Im Musik- und Sportbereich greift für Übungsleiter, Ausbilder und Trainer, die geringe Aufwandsentschädigungen erhalten, das Mindestlohngesetz – bereits ab 2.400 Euro jährlich: Die Staatsregierung hat sich trotz Ankündigungen im Bund nicht ausreichend dafür eingesetzt, dass die hier entstandenen Probleme im Spannungsfeld von Arbeits-, Sozialversicherungs- und Lohnsteuergesetz gelöst werden. Allein die Umsetzung der Brandschutzauflagen aus dem Jahr 2014 in Vereinsheimen verschlingt Unsummen, die für wichtige Jugend- und Vereinsarbeit fehlen.

Die Bewirtschaftung eines kleinen Vereinsheims in Eigenregie ist vom Aufwand inzwischen vergleichbar mit dem Führen eines mittelständischen Unternehmens. **Es ist nicht nachvollziehbar, dass riesige Konzerne wie Apple, Amazon und Google bei uns quasi keine Steuern zahlen, unseren Vereinen jedoch die Finanzämter im Nacken sitzen.** Ähnlich ist die Situation bei Musikvereinen. Jeder freut sich, wenn die Blaskapelle spielt. Aber wenn Vereine „zu viele“ junge Leute ausbilden, müssen sie erhebliche Summen an die Künstlersozialkasse abführen. Kindergarten- und Pfarrfeste sind wegen der hier inzwischen geltenden Lebensmittel- und Hygieneauflagen ebenfalls kaum mehr durchführbar.

**Wir FREIEN WÄHLER kämpfen gegen den Bürokratie-Irrsinn und wollen unser Ehrenamt stärken, unsere Vereine schützen – handeln muss die Staatsregierung!**

## R ü c k b l i c k

Am Mittwoch hat der neue Ministerpräsident Markus Söder seine Kabinettsmitglieder vorgestellt. Damit kann die **Staatsregierung jetzt endlich wieder die Arbeit aufnehmen**. Die monatelange Personaldebatte in der CSU hat zu einem politischen Stillstand geführt; viele Aufgaben sind liegengeblieben. Es gibt genügend Themen, die in den kommenden Monaten auf die politische Agenda gehoben werden müssen. Leider zeigt die Kabinettsbildung von Markus Söder, dass er viele Zukunftsthemen nicht entsprechend gewichtet. So hat es Söder versäumt, die Themen Energiewende, Landesentwicklung, Heimat und Tourismus durch eine Neustrukturierung der Ministerien politisch aufzuwerten: Die Heimat hätte einen Platz im Innenministerium verdient – also dort, wo die Zuständigkeit für die „Keimzellen der Heimat“ liegt, nämlich die über 2.000 Kommunen in Bayern.

In dieser Woche haben wir auch gefordert, **nach Ende der parlamentarischen Sommerpause im September zwei zusätzliche Sitzungswochen** anzuberaumen. Hintergrund ist die von der Bayerischen Staatsregierung **aus wahltaktischen Gründen von Mitte September auf den 14. Oktober verlegte Landtagswahl**. Diese um drei Wochen verlängerte Sommerpause kostet den Steuerzahler eine Menge Geld – pro Monat kommen laut Berechnungen einer Zeitung rund 3,4 Millionen Euro zusammen.

Der letzte Sitzungstermin der aktuellen Legislaturperiode ist am 12. Juli 2018 – und wurde weit vor Festlegung des um vier Wochen nach hinten verschobenen Wahltermins bestimmt. 180 Abgeordnete und ihre Mitarbeiter müssen jedoch auch in den 13 Wochen zwischen Mitte Juli und Mitte Oktober bezahlt werden. Ihre Arbeitskraft sollten wir im Interesse der Menschen in Bayern nutzen und die Sitzungsperiode deshalb bis einschließlich September verlängern.

Ein solcher Beschluss kommt auch der Arbeit vieler laufender Ausschüsse entgegen – insbesondere **dem geplanten Untersuchungsausschuss zum Verkauf von Bayerns größter Wohnungsgesellschaft GBW durch die Landesbank im Jahr 2013** – ein höchst umstrittener Deal des seinerzeitigen Finanzministers Söder.

Wir FREIE WÄHLER fordern die Staatsregierung mit einem Gesetzentwurf und einem Antragspaket auf, die **vollständige Unterrichtsversorgung an öffentlichen Schulen sicherzustellen**. Nachdem im Zuge der aktuellen Grippewelle schwangere Lehrerinnen zu Recht von ihrer Unterrichtstätigkeit befreit worden sind, ist gleichzeitig schonungslos offengelegt worden, wie realitätsfern die Lehrpersonalplanung des bayerischen Bildungsministeriums ist. Auch der Bericht der Staatsregierung im Bildungsausschuss vergangene Woche hat deutlich gezeigt, dass das Lehrpersonal zu knapp bemessen ist. Deshalb fordern wir die Sicherstellung der Lehrkräfte- und Unterrichtsversorgung an allen öffentlichen Schulen in Bayern. Sie ist zentrale Voraussetzung zur Sicherung der Qualität von Erziehung und Unterricht sowie des Bildungserfolgs der Schülerinnen und Schüler. Zudem ist die konsequente Vermeidung von Unterrichtsausfall wesentliche Bedingung, um Eltern Planungssicherheit hinsichtlich der Abstimmung von Arbeits- und Betreuungszeiten zu geben – und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten.

Die Kosten für Nachrüstungen von Fahrzeugen mit Euro-5-Diesel-Norm dürfen nicht zulasten der Fahrzeughalter gehen. Das haben wir FREIEN WÄHLER in unserem Dringlichkeitsantrag „**Hardware-Nachrüstungen für Euro-5-Diesel**“ gefordert. Der Verbraucherschutz steht für uns FREIE WÄHLER an erster Stelle. Obwohl die Automobilindustrie erwiesenermaßen Abgasmanipulationen betrieben hat, wird sie hierzulande nicht zur Rechenschaft gezogen. Stattdessen werden eklatante Folgen wie Fahrverbote, Kosten für Umrüstungen und der Wertverlust der Fahrzeuge auf die Käufer abgewälzt.

Dass es auch anders geht, zeigt ein Blick über den Atlantik. Denn während deutsche Autobauer in den USA milliardenschwere Entschädigungen und Strafen zahlen, lassen die Hersteller ihre deutschen Kunden im Regen stehen. **Der ehemalige Bundesverkehrsminister Dobrindt hinterlässt wegen seines absoluten Unvermögens sowie seiner Nähe zur Industrie einen turmhohen Scherbenhaufen.** Daher muss sich die Staatsregierung auf Bundesebene für Hardware-Nachrüstungen von Diesel-Fahrzeugen ab Euro-5-Norm einsetzen, die nicht durch Software-Updates auf den neuesten Stand gebracht werden können. Das bestätigte am Donnerstag auch der Automobilclub ADAC, der wie wir die Hersteller in der Pflicht sieht – und dafür vonseiten der Politik einen verbindlichen Rechtsrahmen fordert. Technische Lösungen stehen längst bereit, aber niemand will den Worten auch wirklich Taten folgen lassen.

Seit Juni 2017 ist die dritte Novelle der **Düngeverordnung** in Kraft – und sorgt bei bayerischen Winzern und Landwirten für gehörigen Ärger. Denn umfangreiche Dokumentationspflichten, umständliche Berechnungsmethoden und teilweise gegensätzliche Vorschriften lassen viele Fragen offen. Deshalb haben wir FREIE WÄHLER in dieser Woche im Landwirtschaftsausschuss eine Anpassung der Verordnung gefordert. Wenn wir das dramatische Höfesterben im ländlichen Raum beenden wollen, muss sich die Staatsregierung in Berlin für eine Anpassung des Düngerechts einsetzen. Denn mit der derzeitigen Düngeverordnung hat die Agrarpolitik den Bauern und Winzern ein bürokratisches Ei ins Nest gelegt. Viele Landwirte fühlen sich von den neuen Vorschriften überfordert und von der Politik im Stich gelassen – zumal in vielen Regionen noch gar nicht klar ist, wie die Verordnung konkret umgesetzt werden soll. In unserem Antrag haben wir deshalb gefordert, die Dokumentationspflichten zu vereinfachen und die Düngerausbringzeiten an die Erfordernisse der landwirtschaftlichen Betriebe anzupassen. Obwohl die übrigen Landtagsfraktionen den Antrag abgelehnt haben, wollen wir uns weiter für eine Anpassung der Düngeverordnung einsetzen.

**Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien  
ein frohes Osterfest sowie erholsame Festtage.  
Mein nächster Newsletter erscheint Mitte April.**

## Impressum

---

Marco Meier  
Pressereferent

Abgeordnetenbüro

Prof. (Univ. Lima) Dr. med. dent. Peter Bauer, MdL  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender  
Frankensprecher  
Pflegepolitischer Sprecher  
Kulturpolitischer Sprecher  
Kreisrat

Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag  
Weinbergstr. 47  
91623 Sachsen b. Ansbach

Tel.: 09827 - 207585  
Fax: 09827 - 207586  
E-mail: [peter.bauer@fw-landtag.de](mailto:peter.bauer@fw-landtag.de)

Internetseiten: [www.frankensprecher.de](http://www.frankensprecher.de)  
[www.fw-landtag.de](http://www.fw-landtag.de)  
[www.fw-bayern.de](http://www.fw-bayern.de)

Twitter: <https://twitter.com/FRANKENSPRECHER>  
Google+: [Bauer@G+](https://plus.google.com/+Bauer@G+)  
Facebook: <https://www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher>



Eigentum schützen, Mittelstand stärken! – [Hier klicken!](#)